

## **Merkblatt**

### **Bestimmungen für Baumaßnahmen in Wasserschutzzonen I und II**

(in Anlehnung an die RiStWag, das ATV A 142 sowie  
Wasserschutzgebietsverordnungen)

- Stand 01.2022 -

#### **I. Grundsatz**

Eine Verunreinigung von Boden und Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser) muss während und durch die Baumaßnahme sicher verhindert werden. Entsprechende Schutzmaßnahmen müssen in der entwurfs- und bautechnischen Gestaltung, bei der Baustelleneinrichtung, dem Baustellenbetrieb und der Baudurchführung berücksichtigt werden.

*Soll von einer der folgenden Vorgaben aus betriebsbedingten Gründen abgewichen werden, so ist dies mit der Unteren Wasserbehörde abzustimmen, kompensierende Schutzmaßnahmen sind zu benennen.*

#### **II. Baustelleneinrichtung**

- a) Baustelleneinrichtungen in Grundwasserschutzgebieten sind in der Regel nicht zulässig, in Talsperrenschutzgebieten sind sie zu vermeiden. Sie sind nur aus *zwingenden* Gründen möglich.
- b) Der Abstand zu oberirdischen Gewässern muss mindestens 20 m betragen.
- c) Das Errichten von Wohn- und Lagerbaracken sowie das Aufstellen von Wohnwagen und -containern ist nicht zulässig.
- d) Toiletten sind, sofern sie nicht an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden können, nicht zulässig. Sind die Entfernungen zu Toiletten außerhalb der Schutzzone II unzumutbar lang, so sind transportable Toiletten mit dichten Sammelbehältern (ohne chemische Zusätze) zu errichten, deren Inhalt nachweislich regelmäßig ordnungsgemäß zu entsorgen ist. Die DIN 16194 (2012) ist zu beachten. Die Toilettenanlagen sind gegen Gewalteinwirkung durch Dritte (z. B. gegen Umstürzen) zu sichern.
- e) Die Baustelle ist gegen das Betreten durch Dritte umfassend zu sichern.
- f) Die Einrichtung der Baustelle ist der Untere Wasserbehörde vorab anzuzeigen.

#### **III. Baustellenbetrieb, Baudurchführung**

- a) Es sind nur die Maschinen und Geräte an die Baustelle zu bringen, die unmittelbar zum Arbeiten notwendig sind. Nicht mehr benötigte Maschinen und Geräte sind sehr zeitnah zu entfernen.
- b) Maschinen und Geräte sind gegen Öl- und Treibstoffverluste zu sichern. Sie sind regelmäßig, mindestens vor jedem Arbeitseinsatz, auf technisch einwandfreien Zustand zu überprüfen, dies ist geeignet zu dokumentieren. Reparaturen sind sofort durchzuführen, andernfalls ist die betroffene Maschine oder das betroffene Gerät auszutauschen.
- c) Das Reparieren, Warten, Reinigen von Fahrzeugen und Maschinen ist in der Regel nicht zulässig. Das Abstellen von Maschinen und Fahrzeugen in der Schutzzone I ist nicht zulässig.
- d) Elektrisch betriebene Maschinen und Geräte sind solchen mit Verbrennungsmotoren vorzuziehen. Biologisch abbaubaren Betriebsstoffen ist Vorzug zu geben. Es sind nicht wassergefährdende bzw. maximal in die WGK 1 eingestufte Betriebsmittel zu verwenden. In Hydraulikaggregaten ist der Einsatz von biologisch abbaubaren Hydraulikölen vorzusehen.
- e) Das Lagern und Umfüllen von Kraftstoffen, Ölen, Schmiermitteln und sonstigen wassergefährdenden Stoffen ist nicht zulässig. Ausgenommen ist das Lagern von Kleingebinden in Auffangbehältern für den arbeitstäglichen Einsatz.

- f) Ist eine Betankung nicht zu vermeiden, sind besondere Schutzmaßnahmen erforderlich. Das Betanken muss durch Auffangwannen abgesichert erfolgen. Ggf. ist nach Rücksprache mit der Unteren Wasserbehörde auch ein Betanken auf befahrbarer Fläche mit untergelegter treibstoffundurchlässiger Folie, deren Ränder zur Ausbildung einer Wanne hochgezogen sind, möglich. Die Betankung ist geeignet zu dokumentieren. Auch beim Umfüllen von Kleingebinde ist höchstmögliche Sorgfalt walten zu lassen, auch dabei sind Auffangwannen einzusetzen.
- g) Eine ausreichende Menge an Öl- bzw. Kraftstoffbindemittel ist auf der Baustelle vorzuhalten.
- h) Ortsfeste Aufbereitungsanlagen für Baustoffe sind nicht zulässig.
- i) Das Verwenden von Baumaterialien oder Bauhilfsstoffen, die auswaschbare oder auslaugbare wassergefährdende Stoffe enthalten, insbesondere Bauschutt, Müllverbrennungsrückstände, Schlacken, Teere oder phenolhaltige Stoffe im Straßen-, Wege- und Wasserbau und bei Geländeauffüllungen ist nicht zulässig.
- j) Soweit die Lagerung erosionsgefährdeter Stoffe erforderlich ist, muss diese räumlich und zeitlich auf das notwendige Maß beschränkt sowie deren Abschwemmen verhindert werden.
- k) Soweit Oberbodenabtrag (Mutterbodenabtrag) erforderlich ist, muss dieser räumlich und zeitlich auf das unumgänglich notwendige Maß beschränkt werden. Der Oberboden ist zum frühestmöglichen Zeitpunkt wieder anzudecken und zu begrünen.
- l) Grundsätzlich sind Erdaufschlüsse oder Bodeneingriffe jeder Art, durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Deckschicht vermindert wird, zu vermeiden. Soweit sie jedoch erforderlich sind, müssen sie räumlich und zeitlich auf das unumgänglich notwendige Maß beschränkt werden.
- m) Grundwasser darf nicht angeschnitten werden.
- n) Mit der Bauausführung sind nur zuverlässige Unternehmen zu beauftragen.
- o) Das Aufsichtspersonal des Auftraggebers / der Auftraggeberin sollte während kritischer Phasen des Baubetriebes auf der Baustelle anwesend sein.
- p) Alle am Bau Beteiligten sind darauf hinzuweisen, dass das Vorhaben in einem Wasserschutzgebiet durchgeführt wird, auf die Schutzbedürftigkeit und sich daraus ergebende Handlungsabläufe ist explizit (z. B. durch Bekanntgabe dieses Merkblattes) einzugehen. Die Belehrung ist geeignet zu dokumentieren.
- q) Die Baumaßnahme ist zügig abzuwickeln, dies ist bereits in der Planungsphase zu berücksichtigen.

#### **IV. Notfallmeldewege**

Auf der Baustelle sind die Meldewege bei Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen oder sonstiger Beeinträchtigung eines Gewässers (Oberflächengewässer, Grundwasser) so kenntlich zu machen, dass sowohl die mit der Baumaßnahme Beschäftigten als auch Dritte jederzeit gezielt Meldungen absetzen können.

Laut Meldeweg sind (auch) sofort zu unterrichten:

- *Kreisleitstelle der Feuerwehr (Tel.: 02351/10650)*

- *Untere Wasserbehörde des Märkischen Kreises (über die Kreisleitstelle der Feuerwehr)*

#### **V. Hinweise**

- a) Die Untere Wasserbehörde kann zusätzlich zur örtlichen Bauüberwachung eine unabhängige Überwachung festschreiben.
- b) Eigentümer / Eigentümerinnen und Nutzungsberechtigte von Grundstücken in Wasserschutzgebieten haben das Betreten der Grundstücke durch Bedienstete der zuständigen Behörden und die Entnahme von Boden- bzw. Wasserproben zu dulden.
- c) Kontrollen durch die zuständigen Behörden erfolgen sowohl an- als auch unangemeldet.